

In Massachusetts droht ein Proteststurm gegen Netz-Batteriekosten

geschrieben von Chris Frey | 15. Januar 2025

[David Wojick](#)

Massachusetts hat gerade ein Gesetz verabschiedet, das die großen Versorgungsunternehmen verpflichtet, bis Juli dieses Jahres ganze 1500 MW an Batterien zu kaufen. Das dürfte mehrere Milliarden Dollar kosten und unmittelbare Preiserhöhungen nach sich ziehen, so dass das Gesetz viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen wird. Die Netto-Null-Stromspeicherung kommt endlich in Schwung.

Der gesamte Batteriekauf beläuft sich auf unglaubliche 5000 MW, wobei der größte Teil davon in den nächsten Jahren gekauft wird, so dass die Tarife weiter steigen werden. Das Gesetz ist eine Studie über Unklarheiten, so dass es auf dem Weg dorthin viel Verwirrung geben wird.

Die komplexen Fragen, die damit verbunden sind, wurden in zwei Artikeln von Laurie Belsito von der Massachusetts Fiscal Alliance sehr gut dargestellt. Der erste [Artikel](#), der vor der Verabschiedung des Gesetzes geschrieben wurde, trägt den Titel „Proposed Battery Law Costs Billions and Does Nothing“ [etwa: Das eingebrachte Batterie-Gesetz kostet Milliarden und bringt gar nichts].

Der Artikel konzentriert sich auf die Kosten für die gesamten 5.000 MW und sagt Folgendes:

„Die Menge der Batterien ist etwas unklar. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass 5000 Megawatt (MW) Batterien gekauft werden, aber das ist die Entladekapazität, d.h. wie schnell die Batterien geleert werden können. Was zählt, ist die Speicherkapazität, und die wird in Megawattstunden (MWh) gemessen. Die Angabe von MW ist so, als würde man Saft danach kaufen, wie schnell er getrunken werden kann, und nicht danach, wie viel die Flasche fasst.

Der Gesetzentwurf enthält eine Reihe von Speicherkapazitäten, welche die Kosten etwas einschränken. Die meisten Batterien sind so genannte Mid-Duration-Batterien, d. h. sie können vier bis 10 Stunden lang eine vollständige Entladung gewährleisten. Fast alle netzgekoppelten Batteriesysteme haben heutzutage eine Laufzeit von vier Stunden, so dass wir der Einfachheit halber davon ausgehen, dass die gesamten 5000 MW aus Vier-Stunden-Batterien bestehen.

Dies ergibt eine Speicherkapazität von 20.000 MWh. Batteriesysteme kosten heute etwa 500.000 \$ pro MWh. Das ergibt Gesamtkosten von

10.000.000.000 \$ oder zehn Milliarden Dollar, was etwa 17 % des derzeitigen Staatshaushalts entspricht. Wenn 10-Stunden-Batterien gekauft werden, steigen die Kosten auf 25.000.000.000 \$ oder fünfundzwanzig Milliarden Dollar. Der Gesetzentwurf sieht auch eine ganze Reihe von Batterien mit längerer Laufzeit vor, was die Kosten noch weiter in die Höhe treibt.“

Zehn Milliarden, fünfundzwanzig Milliarden, vielleicht mehr, wer weiß? Das ist sehr vage, und ich bezweifle, dass die Gesetzgeber, die für diesen Wahnsinn gestimmt haben, eine Ahnung von diesen Zahlen haben und hatten.

Der Artikel enthält noch viel mehr, das sich zu lesen lohnt.

Der zweite [Artikel](#) von Belsito analysiert die sich abzeichnende Komplexität des überstürzten Kaufs von 1500 MW durch die Versorgungsunternehmen. Er trägt den Titel „Amidst Glaring Unknowns in New Energy Law, Rate Increases Definite“ [etwa: Inmitten der vielen Unbekannten im neuen Energiegesetz stehen die Preiserhöhungen fest].

Hier sind drei Auszüge, um einen Eindruck von der Analyse zu vermitteln. Der Artikel enthält noch viel mehr.

1. „Dies wird ein sehr komplexer Prozess sein, bei dem das neue Gesetz nur wenig Orientierung bietet. Die große Frage lautet, wer am Ende für etwas bezahlen wird, von dem wir bereits festgestellt haben, dass es uns nicht viel bringt, wenn wir mit vielen Milliarden Dollar bestenfalls ein paar Stunden mehr Energie bekommen. Große Preiserhöhungen sind gewiss, aber es ist unklar, wer davon betroffen sein wird und wie diese Preiserhöhungen auf die Verbraucher verteilt werden.“

2. „Ein Punkt, der zu beachten ist: das Gesetz besagt, dass dieser riesige Batteriespeicherkauf von „allen Verteilungsunternehmen“ im Bundesstaat gemeinsam getätigt werden soll. Das Gesetz lässt im Unklaren, ob dies auch die kommunalen Energieversorgungsunternehmen einschließt, die technisch gesehen keine Unternehmen sind. Wenn sie davon ausgenommen sind, könnten die kommunalen Stromkunden bei der Zahlung der Milliarden aus dem Schneider sein.“

Wenn man davon ausgeht, dass es sich nur um die privaten Versorgungsunternehmen handelt, welche die meisten von uns nutzen, stellt sich die große Frage, wie die Kosten unter ihnen aufgeteilt werden sollen. Das neue Gesetz sagt dazu nichts. Sie könnten dies auf der Grundlage des Kundenanteils tun, z. B. anhand des gesamten Einzelhandelsumsatzes. Oder sie könnten es auf der Grundlage des relativen Bedarfs an Batterien tun, wobei die Kunden eines Versorgers viel höhere Tarife zahlen müssten als die Kunden eines anderen Versorgers.

Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass diese Tariferhöhungen bei der staatlichen Behörde für öffentliche Versorgungsbetriebe beantragt

und von dieser genehmigt werden müssen. Dies kann ein langwieriger Prozess sein, aber der Gesetzentwurf selbst setzt den Staat unter einen erheblichen Zeitdruck. Überstürzte Ausgaben in Milliardenhöhe sind nie eine gute Politik, aber dieses Gesetz wurde von unseren gewählten Staatsvertretern und dem Gouverneur nur eine Woche nach der Wiederwahl der meisten von ihnen verabschiedet, während der Senat seine Zustimmung schon einige Tage zuvor erteilt hatte. Vermutlich werden die Tarifierhöhungen im Rahmen des gemeinsamen Beschaffungsprozesses auf der Ebene der einzelnen Versorgungsunternehmen vorgenommen, insbesondere wenn die Tarifierhöhungen sehr unterschiedlich ausfallen.

Es gibt auch ein Henne-Ei-Dilemma. Die Tarifierhöhungen sollten sich an den Batteriekosten orientieren, aber die Versorgungsunternehmen können die Käufe nicht abschließen, um die Kosten zu ermitteln, ohne die Tarife zu erhöhen. Vielleicht machen sie die Kaufverträge davon abhängig, dass sie die notwendigen Tarifierhöhungen erhalten. Bei all der Ungewissheit ist das Einzige, was sicher ist, dass Ihre Rechnungen steigen werden.“

3. „Diese enormen Kosten und die Frage, wer sie bezahlen wird, werden mit den Anträgen auf Tarifierhöhungen, die die Energieversorgungsunternehmen einreichen müssen, ins Blickfeld geraten. Die betroffenen Steuerzahler sollten eine Erklärung verlangen, da es keinen offensichtlichen Nutzen für all diese Tausende von extrem großen, teuren und gefährlichen Batterien gibt, welche die Landschaft in unseren Gemeinden übersäen werden.“

Ich kann es kaum erwarten, dass die Anträge auf Tarifierhöhungen kommen. Die Menschen werden endlich die kostspielige Absurdität des Batterie-Backups für erneuerbare Energien erkennen. Ich und andere von der Net Zero Reality Coalition [schreiben](#) schon seit mehreren Jahren darüber. Bis jetzt war das Thema akademisch, aber es ist eine sich abzeichnende Realität.

Die astronomischen Kosten für Backup-Batterien sind ein Problem, das weit über Massachusetts hinausgeht. Wir alle sollten dieses Thema genau beobachten.

Link:

<https://www.cfact.org/2025/01/07/grid-battery-cost-issue-storm-looms-in-massachusetts/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE